

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 144

Donnerstag den 23. Juni 1932

90. Jahrgang

Hoover erläßt eine Abrüstungsbotschaft

Die Weltrüstung soll um ein Drittel vermindert werden

W. Genf, 22. Juni. Selten war der Andrang des Publikums und der internationalen Presse, die größtenteils aus Kaufmann zu den Verhandlungen beigezogen war, auf der Abrüstungskonferenz so stark, wie in der heutigen, überraschend einberufenen Sitzung des Hauptausschusses, an der die Außenminister Deutschlands, Englands und Italiens sowie der französische Kriegsminister teilnahmen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, erteilte sodat dem Führer der amerikanischen Delegation, Vortragschef Gibson, das Wort. Der Vertreter der Vereinigten Staaten begann seine Rede mit der Mitteilung, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten beauftragt sei, dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eine Erklärung, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde, zu übermitteln. Der Präsident der Vereinigten Staaten gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Veröffentlichung seines Vorschlages als ein Appell an die Völker aufgefaßt werde und zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen werde. Gibson verlas die Botschaft Hoovers, die in dem Vorschlag steht:

Die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen.

Hoover betont, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, wo man kurz entschlossen an eine Herabsetzung der verheerenden Rüstungslast, die auf der Welt lastet, heranzutreten müsse. Auf diese Weise würde der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen ist. Wenn man für die Dauer von 10 Jahren durch Rüstungsherabsetzung eine

Vermeidung von wenigstens 10 Milliarden Dollar vermeide, so werde der Gedanke des Friedens befestigt werden.

Die Botschaft Hoovers entwickelt dann im einzelnen einen umfassenden Abrüstungsplan. Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan Hoovers die vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der biologischen schweren Artillerie vor. Die Personalstärke soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, wie er aus Gründen der inneren Sicherheit und um einen Angriff abzuwehren zu können, braucht.

Als Grundlage für die Berechnung der Personalstärke jedes Staates soll die Personalstärke angenommen werden, die der Versailler Vertrag für Deutschland festsetzt hat.

Auf dem Gebiete der Luftkräften wird die vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert. Was die Seerüstungen angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Panzerkreuzer um ein Drittel, der Flugzeugmutterkreuzer sowie der Kreuzer und Torpedoboots um ein Viertel und der U-Boote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der U-Boote soll in keinem Staat 35 000 Tonnen überschreiten.

Die Botschaft Hoovers stellt zum Schluß fest, jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. Es sei ein Wahnwitz, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung der Botschaft Hoovers gab Vortragschef Gibson einige technische Erläuterungen zu dem Plan und betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen.

England und Frankreich bremsen

Die Rede Gibsons wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden Debatte zeigte sich jedoch, daß die mutige Initiative Hoovers bei den Hauptmächten Europas sehr wenig beifällig aufgenommen worden ist. Der englische Außenminister Sir John Simon begann seine Rede mit der charakteristischen Erklärung, daß nicht „einseitige Erklärungen“ eine Lösung des schwierigen Abrüstungsproblems herbeiführen können, sondern daß dieses nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und mit dem Ziele eines für alle Staaten annehmbaren Übereinkommens gelöst werden könne.

Nach dieser Einschränkung erklärte Simon, die englische Delegation begrüße den amerikanischen Vorschlag in allen seinen Einzelheiten. Sehr bemerkenswert sei der Abschnitt, der die Seerüstung behandle. Die englische Delegation behalte sich ihre endgültige Stellungnahme vor.

Zu der Frage der Luftkräfte übergehend, erklärte Sir John Simon, daß dieses Problem außerordentlich verwickelt sei, weil in Europa nicht nur die Militärluftfahrt, sondern auch die Zivilluftfahrt berücksichtigt werden müsse. Ueber die Seerüstungen bemerkte Sir John Simon, er wisse nicht, ob die im Hooverplan vorgeschlagenen Methoden die geeignetsten seien und den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Länder Rechnung trügen. Großbritannien wünsche eine größere Abrüstung auf diesem Gebiete, als man allgemein annehme. Die heute vorgelegten Vorschläge enthielten keinerlei Maßnahmen für die Verminderung der gegenwärtigen ungeheuren Größe der U-Boote. Wenn man sich bei dem zukünftigen Bau von U-Booten auf 25 000 Tonnen an Stelle von 35 000 Tonnen, mit Geschützen von 12 an Stelle von 16 Zollen einigen würde, hätte man der Abrüstung zu einem großen Erfolg verholfen.

In einer Rede, die auf eine ziemlich allgemeine Ablehnung des Hoover-Planes hinauslief, erklärte der französische Kriegsminister Paul Boncour, die Botschaft Hoovers sei ein Ausdruck der Ungeduld, mit dem die verantwortlichen amerikanischen Staatsmänner die Arbeiten der Abrüstungskonferenz verfolgen. Der Völkerverbund bringe nach französischer Auffassung die Herabsetzung der Rüstungen nur in Zusammenhang mit der Organisation der Sicherheit. Frankreich halte an seiner bisherigen Auffassung fest. Man müsse jetzt zu Abrüstungsvereinbarungen kommen, die dem gegenwärtigen Zustand der Sicherheit entsprächen und sofort verwirklicht werden könnten.

Die französische Delegation sei bereit, die Hooverischen Vorschläge zu prüfen, müsse aber den Vorbehalt machen, daß gleichzeitig die bekannten französischen Vorschläge auf dem Gebiete der Organisierung des Friedens zur Erörterung gestellt würden.

Paul Boncour kritisierte den Hoover-Plan auch in seinen materialen Einzelheiten. Er erklärte, eine schematische Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel würde für gewisse Länder Ungerechtigkeiten schaffen. Zum Schluß bemerkt sich Paul Boncour um den Nachweis, daß Frankreich bereit weitgehend abgerüstet habe; er bemerkte zudem noch ausdrücklich, daß der Hooverplan nicht durchgeführt werden könne, ohne daß die Frage der Sanktionen geregelt werde.

Der russische Volkskommissar Litwinow übte scharfe Kritik an den Arbeiten der Konferenz, die bisher lediglich akademischen Wert hätten. Nach 10jähriger Vorbereitung und im 5. Monat der Konferenz wisse man noch nicht einmal, ob alle Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, wirklich gewillt sind, abzurufen oder ihre Rüstungen herabzusetzen. Die russische Delegation lehne jede Verantwortung für den Mißerfolg ab. Aber sie begrüße die Vorschläge der amerikanischen Delegation um so mehr, als diese in mehreren Punkten mit den russischen Forderungen übereinstimmen.

Erklärung der deutschen Delegierten

Der deutsche Delegierte brachte in seiner Rede Bedenken dagegen zum Ausdruck, daß die Beschränkungen der Rüstungen das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem Rüstungsstand in den verschiedenen Ländern nicht berühren sollten, und erinnere an die besondere Lage, in der sich diejenigen Länder be-

finden, die schon abgerüstet haben. Die Vorschläge selbst erschienen der deutschen Delegation sehr gemäßig. Man müsse hoffen, daß man im Laufe der Verhandlungen noch zu viel entscheidenderen Maßnahmen gelangen werde. Je gründlicher die Rüstungsberabsetzungen seien, um so leichter löse sich das Problem der Gleichberechtigung, deren Schaffung eine der wesentlichsten Bedingungen für den Erfolg der Konferenz sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergriffen noch die Vertreter Italiens, Japans und Spaniens das Wort.

Der italienische Außenminister Grandi teilte mit, daß er dem italienischen Ministerpräsidenten die Botschaft Hoovers übermitteln habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte er aus, er sei von Mussolini ermächtigt worden, zu erklären, daß Italien den amerikanischen Plan vollständig annimmt. Diese Annahme geschehe ohne jeden Vorbehalt. Grandi stellte fest, daß das amerikanische Projekt zum großen Teil sich mit dem Plan deckt, den die italienische Delegation der Abrüstungskonferenz im Monat Februar eingereicht habe. Vor einem Jahr habe Präsident Hoover durch seinen Vorschlag des Schuldenmoratoriums den Weg für eine praktische Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewiesen. Und heute eröffne Hoover einen neuen Weg für die Lösung des Abrüstungsproblems. Grandis Rede wurde mit ausfallend günstigem Beifall von den Delegationen und vom Publikum aufgenommen.

Der japanische Delegierte Vortragschef Matsuda meinte, daß es am besten wäre, wenn die an den Washingtoner und Londoner Flottenverträgen beteiligten Regierungen sich ins Benehmen setzen würden, um die Vorschläge betreffend der Flottenrüstungen genau zu prüfen.

Der Vertreter Spaniens, Vortragschef de Madariaga, vermittelte an den amerikanischen Vorschlägen die Abschaffung der Militärflugzeuge und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt.

Die Sitzung fand sodann ihren Abschluß mit einer kurzen Erklärung Hendersons, der darauf hinwies, daß die amerikanischen Vorschläge nunmehr einen Teil des Programms bildeten, das in den privaten Besprechungen der Delegationen weiter behandelt wird. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Besprechungen bald zu Ergebnissen führen, damit der Hauptausschuß noch vor der Sommerpause möglichst einige große Prinzipien zu Entschlüssen erheben könne.

Das Ergebnis der Ländertkonferenz

Der Reichsinnenminister verlangt Anpassung an die Reichspolitik

W. Berlin, 22. Juni. Im Reichsinnenministerium trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausweisungen vom 11. Juni ds. Js. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gaus zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die „Lützke Freiheit“, in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zugesagt haben, sich auf etwa 2-3 Tage belaufen wird. Die Entscheidung in der ganzen Angelegenheit wird damit für Ende der Woche zu erwarten sein. Die Vertreter der Länder sind über den Standpunkt der Reichsregierung unterrichtet worden; es kommt nun darauf an, wie sich die Länderregierungen dazu einstellen und zwar handelt es sich naturgemäß in erster Linie um Bayern und Baden. Der bayerische Ministerpräsident und der badische Kultusminister werden am morgigen Donnerstag wegen der Befreiung des Bischofs von Eichstätt nicht in München anwesend sein können, sodas die bayerische Staatsregierung erst am Freitag Stellung nehmen kann. Für die Entscheidung der beiden Länder, auf die es im wesentlichen ankommt, sind zwei Möglichkeiten gegeben, nämlich einmal die Aufhebung oder wenigstens kürzere Befristung des Uniformverbotes, zum anderen die Mitteilung an die Reichsregierung, daß die besonderen Verhältnisse in Süddeutschland eine Herabsetzung des bisherigen Standpunktes nicht ermöglichen. Nach der Stimmung bei den beiden Ländern betrachtet man in politischen Kreisen diese letzte Antwort als die wahrscheinliche, sodas dann also voranschrittlich bereits am Samstag, die Rotverordnung des Reichspräsidenten erscheinen würde, durch die die ganze Frage von reichsweiser geregelt wird. Vielleicht würden die beiden süddeutschen Länder darauf mit der Anrufung des Staats-

gerichtshofes antworten. Diesem Schritt läme aber keine entscheidende Wirkung zu, so das also die Reichsregelung unter allen Umständen in Kraft treten würde.

Eine solche Einstellung würde nach Auffassung politischer Kreise keineswegs eine weitere Verschärfung bedeuten, vielmehr würde die ganze Konfliktlage damit nur auf den ordentlichen und nicht ungewöhnlichen Weg der juristischen Austragung gebracht werden. Aber es läst sich heute noch nicht sagen, ob es überhaupt so weit kommt. In unterrichteten Kreisen vermeidet man es zwar, von einer „Entspannung“ zu sprechen, man hat aber doch den Eindruck, daß die heutige Aussprache unter gar keinen Umständen eine weitere Aufspaltung herbeiführt hat. Sie war freiwillig und offen und dürfte in diesem Sinne besonders von bayerischer Seite gehandhabt worden sein, dessen Vertreter sich wohl auch besonders deutlich gegen jede Anzweifelung der bayerischen Reichstreue gemandt hat. Aber im ganzen wickelte sich die Besprechung in sehr verbindlicheren Formen ab als der Streit in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit geführt wurde. Gleich zu Beginn der Konferenz hat der Reichsinnenminister unterstrichen, das es der Reichsregierung am liebsten wäre, wenn die Länder durch die Aenderung ihrer Stellungnahme den Erfolg einer neuen Rotverordnung fallen ließen. Die an die Ausführungen des Freiherrn von Gaus anschließende Aussprache, die sich über drei Stunden ausdehnte, erstreckte sich neben der Frage des Uniformverbotes auch auf die des Demonstrationsverbotes. Wie schon aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, sind alle Ländervertreter zu Wort gekommen, als erster übrigens Minister Severing für Preußen als das größte Land.

Monarchistisches in der Deutschen Republik

Immer mehr verdichtet sich das Gerücht, das der deutsche Exkaiser nach Koburg übersiedeln will und dort seinen dauernden Sitz aufschlagen möchte. Sogar der Stockholmer Korrespondent des „Daily Telegraph“ verbreitete diese Nachricht. Monarchistische Gerüchte, die bekanntlich bei der zweiten Reichspräsidentenwahl in Norddeutschland aufstanden, sind zurzeit auch in Süddeutschland, und vor allem in Bayern, verbreitet. So wird neulich ein Diskussionsabend im Akademisch-Politischen Klub (München) viel besprochen, in dem u. a. auch angeblich die Ausforderung der Reichsverfassung verlangt wurde. Das Reich könne ruhig Republik bleiben, doch solle man den Ländern in ihrer Verfassungsgehaltung Freiheit lassen.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile ebene deren Raum 25 Rp., Restamtszeit 50 Rp., Restamtszeitigen 100 Rp., Zuschlag. Offerte und Auftragserteilung 20 Rp. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens fünfzig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Lieferungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telet. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Die Sozialdemokraten aus dem preussischen Landtagspräsidium herausgewählt

Berlin, 22. Juni. (RdZ.) Die Mittwochssitzung des preussischen Landtags begegnete wiederum starkem Interesse der Öffentlichkeit, was sich in überfüllten Tribünen dokumentierte. In der Reihen der nationalsozialistischen Fraktion sah man zum ersten Mal nach Aufhebung des Uniformverbots neben Abgeordneten in der neuen SA-Uniform auch solche in der schwarzen Uniform der SS. Zunächst stand die politische Annahme auf der Tagesordnung. Der nationalsozialistische Entwurf, der im wesentlichen die bekannten Beschlüsse des Rechtsausschusses enthielt, wurde zwar angenommen, aber nach recht erheblichen Änderungen. Die Annahme wurde befristet auf diejenigen politischen Taten, die bis zum 15. Juni d. J. begangen wurden. Auf kommunistischen Antrag wurde die Annahme ausgedehnt auf Taten, die aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks und Demonstrationen entstanden. Auf deutschnationalen Antrag wurde in den Entwurf eingefügt, daß die schwereren Verbrechen vor allem gegen das Leben, schwere Körperverletzung usw. von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Bei der folgenden endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten gab es eine Sensation. Die Kommunisten erklärten, sie seien bedingungslos bereit für einen anderen Kandidaten zu stimmen, wenn weder ein Nationalsozialist noch ein Deutschnationaler in das Präsidium gewählt werde. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederbeginn ergab sich, daß das Zentrum das kommunistische Anerbieten nicht mitmachen wollte. Für die zahlreichen Wahlakte, die nun folgten, stellten die Kommunisten einen eigenen Kandidaten auf, weswegen man zur Festsitzung mit Kammermusik schritt. Mehrere Stunden lang mußte der Landtag deshalb sich mit der Präsidiumswahl beschäftigen. Am endgültigen Präsidenten wurde Hg. Kerl (NS) gewählt mit 197 Stimmen der Reichsopposition und bei Stimmhaltung des Zentrums. Endgültig wurde der Deutschnationale Dr. von Kries zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Die Sozialdemokraten sind damit zum ersten Mal in der Nachkriegszeit aus dem preussischen Landtagspräsidium herausgewählt. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der Hg. Baumhoff (Rz.) gewählt, wobei die Nationalsozialisten unbeschriebene Zettel abgaben. Baumhoff bezieht sich seine Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Votums bis morgen vor, weil zu erwarten stand, was sich dann auch ereignete, daß an Stelle des herausgewählten sozialdemokratischen noch ein weiterer nationalsozialistischer Vertreter in das Präsidium gewählt wurde, so daß der Zentrumsvertreter gegenüber zwei Nationalsozialisten und einem Deutschnationalen im Landtagspräsidium ziemlich isoliert ist. Hg. Dacke (NS) wurde zum 3. Vizepräsidenten gewählt; Zentrum und Sozialdemokraten hatten den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Abstimmung beteiligt. Das Haus blieb beschlußfähig, weil die Kommunisten ihm stimmten und für ihren Kandidaten eintraten.

Es entwickelte sich hierauf eine teilweise kümmerliche Geschäftsordnungsdebatte um die Wahl des Ministerpräsidenten. Sie stand auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung, war aber nicht darangesommen. Die Deutschnationalen beantragten den Verzicht der Wahl des Ministerpräsidenten am Donnerstag vorzunehmen. Hg. Rube (NS) erwiderte den Deutschnationalen, daß die Nationalsozialisten sich nicht in Koalitionsverhandlungen einließen und die Wahl des Ministerpräsidenten habe seit bis nach den Reichstagswahlen. Der deutschnationale Antrag wurde gegen die Antragsteller, Kommunisten und Deutsche Volkspartei, abgelehnt. Erst nach 9 Uhr abends vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Abwertung des Schillings?

Oesterreich kann nicht mehr warten

W. Wien, 22. Juni. Auf Grund der Erklärung des österreichischen Finanzministers in Genf, daß die Nationalbank am 22. Juni die Devisenparität gegenüber dem Ausland verhandeln müsse, falls bis dahin die geplante Anleihe für Oesterreich nicht abgeschlossen sein sollte, hat — wie die Blätter heute melden — die Oesterreichische Nationalbank bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen und schon gestern Überweisungen von Auslandsguthaben zunächst zurückgestellt. Auf Devisenanforderungen wurde mitgeteilt, daß erst am Donnerstag eine Entscheidung getroffen werden kann.

Verdächtigtes Aufsehen erregt die mit den Worten: „Fallenlassen der Schillingparität?“ überschriebene Spaltenmeldung

des „Neuen Wiener Tagblattes“, wonach bei der Oesterreichischen Nationalbank die Absicht bestehe,

die bisher künstlich aufrecht erhaltene Schillingparität fallen zu lassen und die Spanne zwischen in- und ausländischer Bewertung des Schillings allmählich auszugleichen.

Auf welchem Niveau zwischen dem in- und ausländischen Kurs der Schilling gehalten werden soll, werde vorwiegend davon abhängen, ob die Anleihe zustande komme. Die Hoffnung, die alte Schillingparität auf die Dauer zu halten, scheint, wie man in Lausanne annehme, gering zu sein. Keinesfalls aber werde man den Schilling eine weitere Senkung erleiden lassen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet ferner, die Leitung der Nationalbank werde die Devisennotierungen dem tatsächlichen Wert des Schillings entsprechend um 25 bis 30 Prozent hinaufführen, jedoch nicht mit einem Schlag, sondern schrittweise. Es ist wohl zu beachten, daß damit keine neue Senkung des Schillingkurses ins Auge gefaßt wird, sondern daß lediglich dem bereits eingetretenen tatsächlichen Zustand Rechnung getragen wird. Bekanntlich ist bereits in Form von genehmigten Privatdevisenklarings zwischen österreichischen Aus- und Einfuhrhändlern der Außenhandel zum großen Teil auf die echten Devisenkurse umgestellt. Eine allmähliche Anpassung der amtlichen Kursnotierungen würde die Handhabung der Devisenordnung wirksamer machen, weil bisher jedermann, der Devisen besitzt, wenn nur irgend möglich, sich der Ablieferungsfrist entzieht, um nicht einen Verlust von 25 bis 30 Prozent zu erleiden.

Diese Nachricht des „Neuen Wiener Tagblatt“ steht in enger Verbindung mit einer pessimistischen Auffassung von der Lausanner Verhandlungslage.

Ein Aufruf Hitlers

München, 22. Juni. (Fig. Meldung.) Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem gesagt wird, daß nach den erfolgreichen Wahlergebnissen immer eine neue Welle von Unterdrückungen und Verfolgungen die NSDAP treffe. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgend einen Pakt zu schließen.

Warum Piccard in Zürich Kartet

Berlin, 21. Juni. Der belgische Professor Piccard will einen zweiten Aufstieg in die Stratosphäre unternehmen. Diesmal ist aber Zürich als Startplatz gewählt worden. Erst jetzt erfährt man einiges über die Hintergründe des Ortswechsels. Danach scheint Professor Piccard unter dem Einfluß belgischer Chauvinisten geraten zu sein, die alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um ihn davon zu verhindern, zum zweitenmal in Augsburg zu starten. Die Stadt Augsburg hatte ihm seinerzeit alle möglichen Erleichterungen gewährt. Auch für den zweiten Aufstieg sind ihm die Vorbereitungsarbeiten, die Gasfüllung, sowie Gas- und Sauerstoff umsonst angeboten worden. Professor Piccard hat auf das Angebot der Stadt Augsburg überhaupt keine Antwort erteilt. Er hat dafür die Hilfe des Riesenballons mit Jubelhor durch Transportautos von Augsburg abgeholt und nach Zürich schaffen lassen.

Man war in Augsburg über das Verhalten Piccards außerordentlich erkrankt. Direktor Scherle von der Ballonfabrik Kiebingen in Augsburg hat sich trotzdem nach Zürich begeben, um Professor Piccard zu bestimmen, doch wieder nach Augsburg zurückzukehren. Piccard lehnte das jedoch ab, obwohl er zugab, daß Augsburg tatsächlich ein besserer Startplatz als Zürich sei. Direktor Scherle hat in seiner Unterredung mit Piccard den Eindruck gewonnen, daß auf Piccard von belgischer Seite her der härteste Druck ausgeübt worden ist, um ihn von seinen deutschen Freunden loszulösen. Die belgischen Organisationen, die ihn unterstützen, haben ihm gegenüber auch unerbittlich zum Ausdruck gebracht, daß er sich sogenannten „nationalen“ Notwendigkeiten zu fügen habe. Es ist sogar unter Hinweis auf die verschiedenen Straßentransporte im Reich die Behauptung aufgestellt worden, daß die Verhältnisse in Deutschland sehr unsicher seien und es für Piccard besser wäre, in die Schweiz zu gehen. Es scheint eben, daß gewisse Länder sich noch immer nicht von dem Geist, der während des Krieges herrschte, befreien können und daß man auch nicht davor zurückschreckt, wissenschaftlichen Unternehmungen Schwierigkeiten zu bereiten, nur um chauvinistischen Tendenzen baldigen zu können.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats am 21. Juni. Die Schäden, welche durch die Hochwasser im Sommer 1931 an der verbesserten Enzwecke unterhalb der Stadt entstanden, sind noch nicht ausgeglichen. Nach dem Kostenvorschlag des Stadtbauamts wären anzuführen: a) für Unterhaltungsarbeiten 300 RM., b) für Neubauarbeiten 500 RM., c) für Einzäunung 4700 RM.; dabei sind diejenigen Schäden noch nicht inbegriffen, welche die Stadt nicht berühren, z. B. beim Postamtsgrundstück. Nach einem ergangenen Erlass des württ. Innenministeriums Abt. für den Straßen- und Wasserbau beteiligt sich der Staat zu Biffer a mit 35 Prozent, zu b mit 50 Prozent und zu c mit 0 Prozent. Nach eingehender Beratung wird vom Gemeinderat beschlossen, die zu 10.000 RM. veranschlagten Arbeiten in diesem Sommer bei günstigem Wasserstand ausführen zu lassen unter der Voraussetzung, daß der Staat seinen Beitrag zu a und b ungezügelt gewährt. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten teils als Kostendarlehen, teils durch Wohlfahrtsberwerblose ausführen zu lassen.

Der Fußballverein Neuenbürg muß seine Kasse leeren und Unterkunftsstätte beim Sportplatz im Breiten Tal erneuern und sucht um Unterstützung durch die Stadtgemeinde nach. Vom Gemeinderat wird beschlossen, dem Fußballverein die erforderlichen 70 Baustangen 1. und 2. Klasse aus dem Stadtwald auf dem Stock, ebenso die Steine und aus dem Ackerfelds Vorrat Fußballbretter, soweit nötig und vorhanden, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, einen Beitrag aber aus finanziellen Gründen und der Folgen wegen abzulehnen.

Der Musikverein beabsichtigt, am Sonntag, den 3. Juli, im Schulhof ein Gartenfest abzuhalten. Der Gemeinderat hat nichts dagegen; wegen der Abortverhältnisse usw. wird vom Bürgermeisteramt das Nötige veranlaßt werden.

Die Brennholzversorgung an Kriegermitteln, Sozial- und Kleinrentner soll wie in den Vorjahren erfolgen. Diejenigen Rentner, welche neuer hiesigen keinen Gebrauch machen wollen, haben Gelegenheit, dies baldmöglichst bei der Stadtphysik zu melden.

Die Rechnungssachen sind vom Rechnungsausschuß vorbehandelt und werden nach dessen Anträgen erledigt.

Von verschiedenen eingegangenen Erlassen nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

Nachdem noch eine Grundstückschätzung und einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

(Wetterbericht.) Von Westen rückt jetzt Hochdruck vor und verdrängt die Depression über Mitteleuropa. Für Freitag und Samstag ist mehrfach aufsteigendes, aber noch nicht die Dauer beständiges Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 22. Juni. Zur Bekämpfung des Schabens, der auf den Feldern durch Wild- und Schlagtauben angriffen wird, hat der Gemeinderat beschlossen, die Schußberechtigten auf Markung Birkenfeld zu ermächtigen, die schadenstiftenden Vögel abzuschießen. — Zwei Bauingenieure wurden genehmigt, eines davon in hiesiger walderrückter Weise. — Auf Grund der in der letzten Gemeinderatsitzung festgestellten Mängel für die Wohlfahrtsberwerblosen, wurde die Unterstützung für die Wohlfahrtsberwerblosen in jedem einzelnen Fall vom Gemeinderat besonders festgesetzt. Zur Bewertung des Eigentums wurden die zur Zeit geltenden Richtlinien bei der Bedürftigkeitsprüfung für die Krisenfürsorge angewendet. Die Wohlfahrtsberwerblosen erhalten von der Festlegung oder Ablehnung ihrer Unterstützung selbst Mitteilung. — Am Schluß der Sitzung wurde noch eine Grundstückschätzung vorgenommen.

Württemberg

Freudenstadt, 22. Juni. (Das Erweiterte Schöffengericht ist tot — Fallhändler.) Die gestrige Verhandlung des Erweiterten Erweiterten Schöffengerichtes war laut „Greiner“ seine letzte. Die Votumordnung vom 14. Juni hat die Einrichtung des Erweiterten Schöffengerichtes einem unermesslichen raschen Tod bereitet. Nämlich kommen die Fälle sofort vor die Strafkammer des Landgerichts Rothweil, das Schöffengericht Freudenstadt bleibt natürlich bestehen. Verhandelt wurde gestern gegen einen 31 Jahre alten Schreiner aus Freudenstadt, der falsche Zweinachtstücke hergestellt und ausgegeben

Knut Hamsun VICTORIA Die Geschichte einer Liebe

Neudruck vertrieben. Copyright by Langen-Müller, München.
(5. Fortsetzung.)

In diesen Tagen ließ der alte Müller seine Mühle still stehen und verschloß das Haus. Er war klug geworden; es war vorgekommen, daß eine ganze Schar dieser lustigen Städter gekommen war und allerhand Streiche mit seinen Kornhäfen getrieben hatte. Denn die Nächte waren so warm und hell und der Einfälle gab es viele. Der reiche Kammerherr hatte in seinen jungen Tagen einmal mit hochsteigenden Händen einen Ameisenhaufen in einem Trog in die Mühle getragen und ihn dort abgeleert. Jetzt war der Kammerherr gealtert, aber Otto, sein Sohn, kam noch auf das Schloß und belustigte sich mit seltsamen Dingen. Man konnte vieles über ihn hören.

Huffschlag und Rufe klangen durch den Wald. Die jungen Leute ritten spazieren, und die Pferde vom Schloß waren glänzend und übermütig. Die Reiter kamen an das Haus des Müllers, klopfen mit ihren Peitschen an und wollten hineinreiten. Die Tür war so niedrig, aber sie wollten doch hineinreiten.

„Guten Tag, guten Tag“, riefen sie. Wir wollten euch begrüßen.

Der Müller lachte demütig über diesen Einfall. Dann stiegen sie ab, banden die Pferde fest und ließen die Mühle anlaufen.

„Der Mahlgang ist leer“, sagte der Müller. „Ihr beschädigt die Mühle.“

Aber niemand hörte etwas in dem brausenden Lärm. „Johannes!“ rief der Müller mit der ganzen Kraft seiner Lungen zum Steinbruch hinauf.

Johannes kam.

„Die permaßen mir die Mühlesteine“, sagte der Vater und deutete hin.

Langsam ging Johannes auf die Gesellschaft zu. Er war schrecklich bleich, und die Adern an seinen Schläfen schwellen an. Er erkannte Otto, den Sohn des Kammerherrn, der Kadettenuniform trug; außer ihm waren noch zwei andere dabei. Einer von ihnen lächelte und grüßte, um alles wieder gutzumachen.

Johannes rief nicht, winkte nicht, sondern ging keinen Weg. Er strebte gerade auf Otto zu. In diesem Augenblick sieht er zwei Reiterinnen aus dem Walde nachkommen, die eine war Victoria. Sie hatte ein grünes Reitkleid an, und ihr Pferd war die weiße Stute vom Schloß. Sie steigt nicht ab, bleibt sitzen und beobachtet alle mit fragenden Augen.

Da ändert Johannes seinen Weg, er biegt ab, steigt zum Damm hinauf und öffnet die Schlenke; nach und nach nimmt der Lärm ab, die Mühle steht still.

Otto rief: „Nein, laß sie gehen! Warum machst du das?“

„Laß die Mühle gehen, sage ich.“

„Hast du die Mühle anlaufen lassen?“ fragte Victoria.

„Ja“, antwortete er lachend. „Warum steht sie still? Warum darf sie nicht gehen?“

„Weil sie leer ist“, antwortete Johannes mit stoischem Atem und sah ihn an. „Verstehen Sie das? Die Mühle ist leer.“

„Sie war doch leer, hörst du“, sagte auch Victoria.

„Wie konnte ich das wissen?“ fragte Otto und lachte. „Warum war sie leer, frage ich? War denn kein Korn drin?“

„Sich wieder auf!“ unterbrach ihn einer seiner Kameraden, um der Sache ein Ende zu machen.

Sie sahen auf. Einer von ihnen entschuldigte sich bei Johannes, ehe er fortritt.

Victoria war die letzte. Als sie ein kleines Stück weit gekommen war, wandte sie das Pferd und kam zurück.

„Sie müssen so gut sein und Ihren Vater bitten, daß er das entschuldigen möge“, sagte sie.

„Es wäre richtiger gemein, wenn der Herr Kadett das selbst getan hätte“, antwortete Johannes.

„Jawohl. Natürlich; aber... Er ist so voller Einfälle... Wie lange ist es her, seit ich Sie gesehen habe, Johannes.“

Er sah zu ihr auf, lächelnd, ob er richtig höre. Hatte sie den letzten Sonntag vergessen, seinen großen Tag!

Er antwortete: „Ich sah Sie am Sonntag auf der Landungsbrücke.“

„Jawohl“, sagte sie sofort. „Welch ein Glück, daß Sie dem Steuermann beim Suchen helfen konnten. Ihr habt doch das Mädchen gefunden?“

Kurz und gekränkt antwortete er: „Ja. Wir fanden das Mädchen.“

„Oder war es so“, fuhr sie fort, als fielen ihr etwas ein, „war es so, daß Sie allein...? Na, es ist gleich. Jaja,“

also, ich hoffe, Sie richten es Ihrem Vater aus. Gute Nacht.“

Sie nickte lächelnd, straffte die Zügel und ritt fort.

Als Victoria außer Sicht war, schloß der reiche Johannes ihr nach in den Wald, zornig und unruhig. Er fand Victoria, wie sie ganz allein bei einem Baum stand. Sie lehnte an dem Baum und schluchzte.

War sie heruntergefallen? Hatte sie sich weh getan? Er ging zu ihr hin und fragte:

„Sind Ihnen etwas zugefallen?“

Sie trat ihm einen Schritt entgegen, sie breitete die Arme aus und sah ihn strahlend an. Dann hielt sie inne, ließ die Arme sinken und antwortete:

„Nein, es ist mir nichts zugefallen; ich stieg ab und ließ die Stute vorausgehen... Johannes, Sie sollen mich nicht so ansehen. Sie fanden beim Teich und sahen mich an. Was wollten Sie?“

Er stammelte: „Was ich will? Ich verstehe nicht...“

„Sie sind da so breit“, sagte sie und legte plötzlich ihre Hand auf die seine. „Sie sind da so breit, am Handgelenk. Und dann sind Sie ganz braun von der Sonne, muß braun...“

Er bewegte sich, er wollte ihre Hand nehmen. Da raffte sie ihr Kleid zusammen und sagte:

„Nein, es ist mir also nichts zugefallen. Ich wollte nur gern zu Fuß heimgehen. Gute Nacht.“

3.

Johannes reiste wieder zur Stadt. Und Jahre und Tage vergingen, eine lange, bewegte Zeit mit Arbeit und Träumen, Studium und Verjen; er hatte gute Fortschritte gemacht, es war ihm gelungen, ein Gedicht zu schreiben über Elber, ein Judenmädchen, das Königin in Verlesen wurde, eine Arbeit, die gedruckt und sogar bezahlt wurde. Ein anderes Gedicht, „Der Irrgang der Liebe“, das in den Mund des Mönchs Bendi gelegt war, machte seinen Namen bekannt.

Ja, was war die Liebe? Ein Wind, der in den Rosen rauscht, nein, ein gelbes Zerflucht im Blute. Die Liebe war eine höllenheißer Ruffst, die selbst die Herzen der Greis tanzen macht. Sie war wie die Marguerite, die sich dem Kommen der Nacht weit öffnet, und sie war wie die Antone, die sich vor einem Atemhauch verschließt und bei Berührung stirbt.

So war die Liebe.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Welt und Leben

Lauffrisur — der neueste Mode-Ausflug. Wenn Sie beim Friseur warten müssen, wird er in diesem Jahre zu Ihnen sagen: „Sie werden sofort lackiert, anädige Frau!“ Sie kennen doch Lack! Dieses Mittel, das man zur Anfrischung abgeschabter Gegenstände benötigt, für alles, was zerkratzt ist, z. B. für den Fußboden, die Schuhe. Ein Anstrich mit Lack — und schon glänzt alles wieder wie neu! Eine großartige Sache. Man kann sich ruhig von seinem Partner beim Tanz die Schuhspitzen abschaben lassen, in 5 Minuten ist der Schaden behoben. Was Sie aber vielleicht noch nicht kennen, das ist die Lauffrisur. Hat da kürzlich ein tüchtiger Meister diese neue Mode erfunden. Was untereiner auf seinen Schuhen hat, hat die moderne Frau jetzt auf dem Kopf. Welcher Glanz umstrahlt jetzt die Häupter unserer Damenwelt! Stellen Sie sich einmal vor, welche Farbenpracht in den neuzeitlichen Tanzhallen sein wird, wenn die Scheinwerfer ihr Licht auf die belackten Häupter werfen. Fabelhaft, Friseur mit Feuerwerk! Oder bei einer Monatsheftfabrik. Früher mußte der Kolmann des teuren Ehegatten bei solchen Veranstaltungen, wo der Mond sich nicht sehen ließ, für die Beleuchtung herhalten. Heute — die Frauen sind eben anpassungsfähig. Sie tragen jetzt selbst ihr Haupt zu Marke. Aber auch hierbei sind die Frauen nur mit voller Berechnung vorgegangen. Ein fröhlicher Anzug auf das dunkle Haar ist jetzt ausgeschlossen. Welcher treuer Familienvater oder zärtliche Verehrer möchte wohl noch stundenlang den lockigen Nachgeschmack verspüren. Was bleibt also übrig? Der Anzug auf den Mund! Na also: nur Berechnung! Puderpulver, Bindstoff, Friseur, wohin seid ihr entschwinden! Neue Namen in der Lackbranche werden auftauchen: Goldlack (für die blonden), Pfeffer- und Salzlack (für die jugendlichen Blondinen), Chamäleon-Lack (für die dauernd die Farbe wechselnden Damen) usw. Eines steht aber fest: Der Gelackierte ist doch nur der Ehegatte, dessen Ehehälfte auch zu den „Belackerten“ gehört.

Ein Duhn als Brandstifter. Aus der ungarischen Gemeinde Somogyassie wird der folgende merkwürdige Vorfall berichtet: Die Witwe eines Landwirts beizte am Morgen den Hühnern ein, um Brot zu backen. Wählich näherte sich ein Duhn, das in den bereits brennenden Hühnerschäufen wollte. Ein herausgeschlagene Flamme legte das Federkleid des Tieres in Brand: das Duhn rannte in wilder Hast in eine Scheune, die durch das brennende Tier in Brand geriet und völlig eingeäschert wurde.

Eine Reliquie des Afrikaforschers Stanley ist entdeckt worden. Es ist ein abgenutzter Arzneiflaschen aus Leder mit gebämmerter Metalldecke und einer Metallplatte, die den Namen „H. M. Stanley“ trägt und wurde kürzlich in einem Winkel des Arzneilagers der Regierung von Kenia aufgefunden. Der Kasten ist einer der vielen Kästen, die Stanley, der berühmte Afrikaforscher und Befreier Livingstones, fernerzeit mit nach Ostafrika genommen hatte. Das Innere des Kastens ist in zwei Fächer eingeteilt, in denen noch die mitgenommenen Arzneiflaschen unverändert aufgefunden wurden.

Der Kahlkopf als Kellameliast. Je origineller die Kellame, desto sicherer der Erfolg. Dabei gilt es, immer neue Kellameideen auszuprobieren und die Mittelwelt damit zu verblüffen. Amerika marschiert da an der Spitze. Von dort wird wieder über einen neuartigen Kellamerick berichtet: In den Theatern erscheinen zu Beginn der Vorstellung einige kahlköpfige Herren. Sie nehmen in den Parkettstufen Platz, und man sieht ein geedtes Publikum, das auf jeder Glase ein Buchstabe prangt. Die Buchstaben auf den nebeneinander gruppierten Häuptern ergeben den Namen einer Firma und eines Artikels. Die Idee ist indessen nicht neu, sie ist sogar europäischen Ursprungs. Vor einigen Jahren konnte man in den Restaurants von Amsterdam einen Herrn antreffen, auf dessen kahltem Haupte der Name einer Schuhwische in gro-

gatte und nun wegen Falschmünzerei 5 Monate Gefängnis erhielt. Zwei Freunde von ihm, ein Dienstheld und ein Hilfsarbeiter, die ebenfalls das Falschgeld ausgegeben hatten, erhielten drei Monate bzw. 2 Wochen Gefängnis.

Bad Liebenzell, 22. Juni. (Vom Baderleben.) Der Herzog-Begleiters X der Oberämter, Galm, Kogold, Reutenberg, Maulbronn und Vöhlings und der Herzogverein Pforzheim hielten am vergangenen Sonntag eine Tagung in Bad Liebenzell ab. Nach Besichtigung der Kurhäuser Dr. Bauer und Dr. Seeger und der Bäder (und im „Unteren Badhotel“ die Versammlung statt. Bei dieser hielt der Badarzt Dr. Seeger einen Vortrag über die Kurmittel unseres Bades und die praktischen Erfahrungen mit den Bädern und Luftkuren in Bad Liebenzell. Nach der anschließenden Besichtigung der Kuranlagen nahmen die Teilnehmer ihr Abendessen im „Oberen Badhotel“ ein. Ein kleiner Tanz im Kurlokal beschloß die Tagung, die den Kern der weiteren Umgebung die Entschlackung des Bades und den guten Stand seiner Kurrichtungen anschaulich gezeigt hat. Zur großen Freude der Kurgäste und Einwohner hat das Reichswehrministerium einer Militärkapelle die Genehmigung erteilt, in Bad Liebenzell ein Militärkonzert in Uniform zu spielen. Am Sonntag den 3. Juli veranstaltet das Musikkorps der 5. Nachrichten-Abteilung Gamslart unter Leitung von Musikdirektor Langner nachmittags in den Kuranlagen ein Wohlwolligkeits-Militärkonzert. Am Abend spielt das Trompeterkorps während einer Anlagenerleuchtung beim Schein von Feuern und Campionen den großen Zapfenstreich.

Heilbronn, 22. Juni. (Vor der Regenblüte.) Dank der durchschnittlich warmen Witterung der letzten 14 Tage befinden sich die Weinberge in gutem Stande. Gegenüber anderen Jahren sind sie allerdings in der Entwicklung etwa 14 Tage zurück. Der Traubenansatz ist befriedigend, der Gesundheitszustand der Reben recht gut. Noch einige warme Tage und die Reben werden blühen.

Heilbronn, 22. Juni. (Hochkonjunktur im Heilbronner Salzwerk.) Die Ausrichtung der Notverordnung ist auch beim Heilbronner Salzwerk zu erkennen. Vorkamman am Vorkamman führt zum Werk, um Ladungen von Salz aufzunehmen, ehe die Salzsteuer in Kraft tritt. Die Vertreibung des Salzes fällt sehr stark ins Gewicht.

Heilbronn, 22. Juni. (Funde aus der Steinzeit?) Hinter dem Anwesen des Reichstagsabg. Haug in der Goethestraße bei der Willmühle wird jetzt eine Baugrube ausgehoben. Dabei ist man auf eine Wohngrube gestoßen, die nach Form und Anlage auf eine sehr frühe menschliche Besiedlung schließen läßt, zumal auch eine Urne ausgegraben worden ist. Haug will sich mit dem Landeskonserator Dr. Seemann vom Württ. Naturalienkabinett in Verbindung setzen, damit die weiteren Grabarbeiten unter sachkundiger Leitung vorgenommen werden.

Stuttgart, 22. Juni. (Wegen der Notverordnung.) Die Sozialdemokratie hat im Württ. Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, beim Reich die sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu fordern, weil sie a) den Erwerbslosen, den Unfallgeschädigten und sonstigen Sozialrentnern, ferner den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen große Opfer zumutet; b) die notleidenden kleinen und mittleren Erbstörzen in der Landwirtschaft, in Gewerbe und im Handel durch die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf alle Umsätze unter 5000 RM. im Jahre schwer belastet; c) auf den Massenverehrung neue Abgaben legt; d) die kleinen Einkommen der Arbeiter und Angestellten sowie der mittleren und mittleren Beamten zu einer Sondersteuer heranzieht, der Bezüglern von Kleineinkommen besondere steuerliche Entlastung gewährt; e) durch diese Maßnahmen die Kaufkraft der Massen noch mehr schwächt, das Wirtschaftsleben noch stärker droht und die Arbeitslosigkeit vermehrt, aber auf jede Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsbeschaffung und häusliche Siedlung verzichtet.

Stuttgart, 22. Juni. (Verseigerung der Gebäude des Bankhauses Eberpacher.) Im Konkurs der Bankfirma Ernst Eberpacher wurden bei der gestrigen Versteigerung der Gebäude und Grundstücke geboten: Für das Gebäude in der Eberpacherstraße 88.000 RM., für das Gebäude in der Katharinenstraße 43.500 RM., für das Gebäude in der Gartenstraße in Obereslingen 31.700 RM., für 11,27 Ar Garten in der Urbanstraße 6.400 RM., für 34,93 Ar Baumgarten im Rotenostweg 13.800 RM. Der zweite Versteigerungstermin findet am Dienstag den 28. d. M. vor dem Grundbuchamt hier statt.

Ulm, 22. Juni. (Der Vermählung Landfriedensbruch.) Die Hauptstädte des Vermählung Landfriedensbruchs vom 11. Juni konnten jetzt festgestellt werden. Bekanntlich wurden bereits auf dem Heimweg von Vermählungen acht Ulmer Kommunisten, die bei der Sprengung der Zwangsversteigerung beteiligt waren, festgenommen. Da jedoch eine weit größere Zahl Ulmer Kommunisten in den Fall verwickelt waren, führte die Polizeidirektion Ulm gestern eine große Aktion aus, in dem sie zahlreiche, als besonders aktiv bekannte Kommunisten auf der Polizeidirektion im Neuen Bau den getriebenen Seegen von Vermählungen zwangsweise gegenüberstellte. Da mit einer Demonstration von vornherein gerechnet wurde, waren umfassende Vorkehrungen getroffen worden. Zusätzlich fanden sich auch einige hundert Kommunisten vor dem Neuen Bau ein, doch kam es zu keiner ernstlichen Störung. Durch die Gegenüberstellung gelang es, weitere fünf beteiligte am Landfriedensbruch festzustellen, jedoch jetzt ein großer Teil der Täter in Haft ist.

Vom bayerischen Hagis, 22. Juni. (Der Führer tödlich abgefaßt.) Ein Segelflieger aus 30 Meter abgefaßt. Der Segelflieger Johann Sam von Oberdorf unternahm als Führer mit einer Dame eine Tour auf die Kempener Höhe. Unterwegs wurden die von einem Unwetter überflogen und Sam trennte sich von der Dame, um sich über den Weiterweg zu orientieren. Seitdem — es war am letzten Mittwoch — vermißt man den Führer, während die Dame allein zurückgekehrt war. Nun wurde die Leiche Sams von einer Rettungsperdition im Wäldlegraben aufgefunden. Der Hinterkopf war vollständig zertrümmert, außerdem wies die Leiche mehrere Arms- und Beinbrüche auf, weshalb man annimmt, daß Sam tief abgestürzt ist. — Beim Probestart eines in Sulzberg erbauten Segelfliegers führte der Führer des einflügeligen Flugzeuges, Segelflieger Jumps, in der Nähe von Sulzberg aus etwa 30 Meter Höhe ab. Er erlitt Kopfverletzungen und Prellungen der Wirbelsäule.

Baden

Konstanz, 22. Juni. (Ein mysteriöser Verfall.) Der 37 Jahre alte Bäckereimeister Josef Traudenkraut aus Manen (Athenland), zuletzt in Keimen (bei Heidelberg) wohnhaft, unternahm am Montagabend mit seiner 6 Jahre älteren Ehefrau eine Kahnfahrt. Dienstagmorgen gegen 3 Uhr erschien Traudenkraut vollständig durchnäßt bei der Schweizer Zollstelle und gab ziemlich verworrene Auskünfte über den Verbleib seiner Frau. Man vermutet, daß die beiden wegen geräucherter Vermögensverhältnisse gemeinsam den Tod in den Wellen suchen wollten. Traudenkraut wurde zunächst unter dem Verdacht der Täuschung auf Verlangen in Untersuchungshaft genommen.

Letzte Nachrichten

w. Berlin, 22. Juni. Allenthalben kam es hier heute nacht zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der radikalen Parteien und der Polizei. Am Südwesten der Stadt wurde ein 20jähriger Nationalsozialist, anscheinend aus einem kommunistischen Versteckort, so schwer angefaßt, daß er kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb.

w. Andernach, 23. Juni. In einer öffentlichen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, an der über 1000 Personen teilnahmen, kam es gestern abend zu einer regelrechten Saalschlacht. Der frühere Antifaschistenführer Rathmann, der lange Jahre in Rußland weilte, sprach über die dortigen Verhältnisse. Er wurde durch kurze Unterbrechungen, in denen er als Lump und Verräter bezeichnet wurde. Die SA-Leute versuchten nun, die Zwischenrufer gewalttätig aus dem Saal zu entfernen. Dabei kam es zu einer heftigen

Schlägerei. Eine Anzahl Personen wurden schwer verletzt. Ein Versammlungsteilnehmer erhielt einen Stich in den Kopf. Zahlreiche Stühle und Einrichtungsgegenstände, die als Waffen benutzt wurden, gingen in Trümmer. Die Unruhen dauerten auf der Straße an und konnten erst durch das Eingreifen der verstärkten Polizei unterdrückt werden.

Schwere Zusammenstöße an der Frankfurter Universität Die Vorlesungen abgebrochen

w. Frankfurt a. M., 22. Juni. Trotz des gestern vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens versammelten sich heute vormittag vor der Universität eine große Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform und lang das Horst-Wessel-Lied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine Ansprache. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. Zwei Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei verhinderte weitere Ausbreitungen. Die Vorlesungen wurden abgebrochen und das Universitätsgebäude vorläufig geschlossen.

Aus Anlaß der heutigen Zusammenstöße an der Universität haben das Republikanische Kartell Frankfurt a. M., das Reichsbanner, Gau Deffen-Raffau, die Sozialdemokratische Partei die Zentrumspartei und die Staatspartei an den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den dresdener Kultusminister ein Telegramm geschickt, in dem sie gegen Terror und Gesetzesverletzung der SA und SS protestieren und staatliches Eingreifen fordern.

Der Flottenbesuch in Danzig

w. Danzig, 22. Juni. Die polnische Regierung hat der Danziger Regierung heute die Absicht der deutschen Reichsregierung, deutsche Kriegsschiffe zu einem Besuch nach Danzig zu senden, amtlich übermitteln und gleichzeitig erklären lassen, sie habe durch ihren Gesandten in Berlin darauf aufmerksam machen lassen, daß sie im gegenwärtigen Augenblick für einen Besuch der deutschen Marine in Danzig aus mehreren ernsthaften Gründen nicht für angebracht erachte. Die polnische Regierung halte auch heute noch diesen Standpunkt aufrecht. Mit Rücksicht darauf wird sich der diplomatische Vertreter der Republik Polen, wie er der Danziger Regierung mitteilte, nicht an den Veranstaltungen anläßlich des deutschen Flottenbesuchs beteiligen.

Die Danziger Regierung hat, wie bekannt, nach Eingang der amtlichen Meldung über den deutschen Flottenbesuch sofort die beteiligten Stellen zu der in den Verträgen vorgesehenen Programmabrede eingeladen. Das bei dieser Besprechung festgesetzte Programm wird nun auf diplomatischem Weg dem deutschen Gesandten in Warschau zur Weitergabe an die beteiligten deutschen Stellen übermitteln werden. Die deutschen Schiffe werden Donnerstag früh 8.30 Uhr auf der Danziger See eintreffen.

Blutige Unruhen in Chile

Santiago de Chile, 22. Juni. Nach fast gänzlich unblutigen verlaufenen Revolutionen wird das Land jetzt von blutigen Straßenunruhen erschüttert. In der heiligen Stadt kam es zu schweren Ausschreitungen extremer Elemente. Man zählt bisher 30 Tote und 100 Verletzte. Die Stadt ist von einem Regiment Infanterie, von Kavallerie, Maschinengewehrteilungen und Tanks besetzt. Ein Angriff auf das Waffenarsenal wurde von den Regierungstruppen abgefohlen. In Valparaiso wurden bei Ausschreitungen extremer Elemente, welche zum Teil zu Wilderungen ansetzten, 20 Personen getötet und über 50 verletzt. Zwei Kriegsschiffe sind im Hafen von Valparaiso eingetroffen.

Finanzausschuß des Landtags

Arbeitsbeschaffung — Württemberg erneut benachteiligt

Stuttgart, 21. Juni. Der Finanzausschuß des Landtags behandelte heute eine Reihe von Anträgen und Eingaben zur Frage der Arbeitsbeschaffung, über die der Abg. Blücher (Z) berichtete. Es handelt sich hierbei um das Gesamtproblem der Arbeitsbeschaffung durch das Reich, das Land, die Amtsförderkosten und Gemeinden. Die Eingaben und Anträge betreffen das Innere, Wirtschafts-, Kultur-, Justiz- und Finanzministerium. Die wichtigste Frage ist die der Finanzierung. Wirtschaftsminister Dr. Maier legte in längerer Darlegung den Standpunkt des gesamten Staatsministeriums zu diesen wichtigen Fragen dar. Gegenüber Angriffen von kommunistischer Seite wies der Minister auf ein Flugblatt der Kommunisten hin, auf dem ein Mann auf der Straße tot liegend dargestellt wurde, der angeblich als Erwerbsloser verhungert sei. Nachforschungen haben ergeben, daß es sich hierbei um einen am langjährigen Tabakverleiher schwerkranken Mann handele, der nach Angabe seiner eigenen Frau in einem Stuttgarter Krankenhaus gestorben ist. Der Minister teilte diese Tatsache zur Charakterisierung der kommunistischen Dementi-Ausschweifung mit. Er erklärte im übrigen, daß die Hilfe für die durch Wohlfahrtsvereine bedrängten Gemeinden Reichsweite geworden sei. Erst in zweiter Linie komme die Hilfe des Landes in Betracht. Interessant waren die Mitteilungen, wie sich die Reichshilfe für Württemberg wieder sehr nachteilig auswirkt. Während früher schon von 20 Millionen Reichsmitteln für Wohlfahrtsvereine auf Württemberg nur 2,7 Millionen RM. gekommen sind, wogegen die württ. Regierung energisch und wiederholt Vorstellungen erhoben hat, ist auch bei den neuerlichen Zuwendungen Württemberg wieder sehr schlecht weggekommen. Von den vom Reich zur Verfügung gestellten 67,5 Millionen RM. fielen nach Abzug der Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst noch 6,5 Millionen RM. zur Verfügung. Davon sollen auf Württemberg nur 2,9 Millionen RM. entfallen. Es war zuerst in Berlin das Gerücht verbreitet, daß nur 500.000 RM. auf Württemberg kommen sollten. Deshalb war diese Frage einer der Hauptpunkte, die Staatspräsident Dr. Holz vor kurzem dem Reichspräsidenten gegenüber in ersten Vorstellungen zum Ausdruck gebracht hat, um die Interessen des württ. Landes nicht dauernd benachteiligen zu lassen. Nach dem normalen Verteilungsschlüssel würden auf Württemberg statt 2,9 Millionen RM. etwa 36 Millionen RM. treffen, d. h. etwa das Zehnfache von dem, was wir tatsächlich erhalten sollen. Mit Recht konnte der Minister darauf verweisen, welche großes Interesse an diesen Tatsachen das ganze Land, besonders aber die Steuerzahler bei uns hätten. Jedenfalls kann sich Württemberg mit diesem Betrag nicht zufrieden geben. Bei dem Hinweis auf die frühere ungerechte Verteilung muß besonders beachtet werden, daß die Wohlfahrtsvereine damals auf einer mangelhaften Statistik beruhten und ihre Zahl inzwischen wesentlich vermehrt wurde. Unter diesen Umständen ist es sehr schwer, bei der gegebenen Lage des württembergischen Staatshaushaltes eigene Mittel zuzuschlagen.

Die württembergische Regierung will folgendermaßen vorgehen: Zunächst soll abgewartet werden, wie die Ausschüttung der 2,9 Millionen Reichsmittel auf die württembergischen Gemeinden sich auswirkt und dann soll erneut geprüft werden,

wie Mittel für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung von Landeswegen aufgebracht werden können.

Bezüglich der Frage der Notstandsarbeiten kann, so erklärte Minister Dr. Maier, der württembergischen Regierung geradezu der Vorwurf nicht gemacht werden, als ob sie auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung nichts getan habe. Württemberg ist in dieser Frage bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Man erinnere sich nur an die Elektrifizierung der Bahn Ulm—Stuttgart, an den Ausbau der Nord-Südbahn usw. Diese Arbeiten wirken sich in diesem Jahre sehr betrübend auf den Arbeitsmarkt bei uns aus. Württemberg steht in dieser Richtung weitaus an der Spitze des ganzen Reiches, jedoch bei uns die vier- bis fünffache Anzahl von Notstandsarbeitern gegenüber dem Reichsdurchschnitt beschäftigt werden können. Im Jahre 1931 handelte es sich um 56 Notstandsmahnahmen mit 20.000 Tagewerken und einem Aufwand von 397.000 RM. Darleben, i. J. 1932 um 64 Mahnahmen mit 425.000 Tagewerken und 2,813 Millionen RM. Darleben. Jetzt werden die Mittel allerdings kürzer, da die Restmittel eingezogen sind, wozu sich die württembergische Regierung verpflichtet hat. Was jetzt noch in Angriff genommen ist, ist noch ein ganz ausführliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sich in ähnlicher Höhe bewegen wird wie dasjenige des Jahres 1931. Durch eingehende Verhandlungen ist es weiterhin gelungen, die an der Nord-Südbahn begonnenen Arbeiten zeitlich rascher auszuführen, ja, es konnten 210.000 Arbeitsloftagewerke über den normalen Arbeitsgang hinaus in Angriff genommen werden. So im Unterland zwischen Verbolzheim—Weidenau, in Göttingen und Kottswil bezüglich des dortigen Bahnhofsneubaus. Der Wirtschaftsminister hat weiterhin in Berlin Verhandlungen geführt, daß Arbeiten, die erst 1933 von der Reichsbahn ausgeführt werden sollen, schon 1932 in Angriff genommen werden. Auch diese Bemühungen hatten Erfolg. Freilich konnte der Minister nicht verhehlen, daß ein gewaltiger Strich durch die Rechnung gemacht wird durch die unverantwortlichen Streiks, die in verschiedenen Gegenden ausgebrochen sind. Namentlich an der Strecke Tuttlingen—Göttingen sind durch diese von gewissenlosen Menschen inszenierten Streiks große Verzögerungen eingetreten.

Der freiwillige Arbeitsdienst hat sich in Württemberg hoffnungsvoll entwickelt. Die württembergische Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, in liberaler Weise alles zu fördern, was in dieser Richtung unternommen wurde. Deshalb hat sich bei uns eine Form des freiwilligen Arbeitsdienstes entwickelt, die Zukunftsaussichten hat. Räumlich wird es notwendig sein, etwas methodischer diesen Arbeitsdienst zu gliedern und das Prinzip des möglichst großen Wertes festzustellen. Die Arbeitsbeschaffung, die nur eine Entlastung der anderen von der Arbeit bedeutet, ist keine Arbeitsbeschaffung, sondern nur eine Arbeitsverlegung. Die Frage des Lohnbruchs durch freiwilligen Arbeitsdienst spielt keine Rolle. Nach vorhandenen Kalkulationen wird der freiwillige Arbeitsdienst nicht billiger als die normale Arbeit. Die Regiarbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes hat sich sogar in den meisten Fällen als teurer herausgestellt, als wenn man einen Unternehmer beigezogen hätte. Bis jetzt wurden für diesen Zweck 300.000 Mark Förderungsdarlehen gegeben. — Ministerialrat Schmid teilte noch mit, daß die Zahl der Wohlfahrtsvereine in Württemberg zurzeit 27.528, darunter 2418 Jugendliche beträgt, auf 1000 Einwohner also 10,7. Nach längerer Aussprache wurde die Beratung auf Mittwoch mittag vertagt.



hen Letztern verzeichnet war. Als ihn jemand fragte, ob er es nicht entwürdigend finde, auf diese Weise seinen Lebensunterhalt zu verdienen, meinte er: „Tausende haben den ganzen Inhalt ihres Kopfes nötig, um sich ihr tägliches Brot zu verdienen, ich brauche dazu nur einen Teil der Oberfläche.“

Die heilt Brandwunden. Eine eigenartige Heilmethode wird kürzlich in Amerika an einem Mann erprobt, der bei einem Autounfall schwere Brandwunden am ganzen Körper davontrug, die nach den bisherigen Behandlungsmethoden als unheilbar galten. Zufällig ereignete sich dieser Unfall in der Nähe einer Privatklinik, so daß der Verunglückte gleich in die Hand der Ärzte kam, die ihn sofort in einen großen bakteriologischen Brutofen schoben, wo er der gleichmäßigen Temperatur von 30 Grad Celsius ausgesetzt wurde. Und zum großen Erstaunen der gesamten Fachwelt blieb dieser Mann am Leben — ein Leben, das sich allerdings seit fast einem Jahr ausschließlich in jenem kühlen Ofen abspielt. Monatelang wollten die riesigen Brandwunden nicht heilen, bis sich in jüngster Zeit eine neue Hautbildung anzubahnen begann.

Kaffee-Verfälschung. Nach einer Mitteilung der „Kolonie-Zeitung“ — Brasilien — hat ein in Brasilien lebender deutscher Arbeiter namens Hans Ostermeyer ein Verfahren erfunden, nach welchem aus Kaffee-Brühen hergestellt werden können, die den echten Kaffee im Geschmack vollkommen ersetzen. Die Herstellungskosten sollen sich billiger stellen als der Preis der Steinbohlen. — Genau so wie sich bei uns auch der Gerstenkaffee und Malzkaffee billiger stellt als Brasilianer-Kaffee.

Die Damenmode als Beispiel

Die Erörterung darüber, ob für das Schicksal der deutschen Wirtschaft eine Stärkung der Ausfuhr oder eine Pflege des Binnenmarktes zweckmäßiger wäre, ist im Grunde genommen um deswillen müßig, weil der Export nur dann auf die Dauer erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn er von einem gesunden Binnenmarkt getragen wird. Gewiß waren im Durchschnitt des Jahres 1931 in Deutschland 3,6 Millionen Menschen für die Ausfuhr beschäftigt. Die viel schwerer wiegende Tatsache, daß gleichzeitig aber die Lebenszahl für den Binnenmarkt tätig war, darf demgegenüber nicht übersehen werden.

Diese Erwägung führt zwangsläufig zu der Folgerung, daß eine Pflege des Binnenmarktes gleichzeitig auch die notwendige Voraussetzung für die Exportbetätigung der deutschen Wirtschaft ist. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther führte kürzlich als Beleg für die Berechtigung dieser Auffassung gelegentlich seiner Ansprache von dem Langsamverzin ein zwar scherzhaft gewähltes, aber durchaus zutreffendes Beispiel an. Er betonte, daß ein Land unmöglich seiner Damenmode Weltbedeutung verschaffen könne, wenn sie sich nicht gleichzeitig auch auf eine bodenständige inländische Modekultur stützen könne. Dieses Beispiel kann unschwer auch auf andere Wirtschaftszweige übertragen werden. Entgegen der Behauptung, daß die Ausfuhr eine Stütze des Binnenmarktes sei, und daß daher eine besonders bevorzugte Behandlung der Exportinteressen gefordert werden müsse, kann nicht oft genug auf die Bedeutung und die Notwendigkeit einer planmäßigen Pflege des Binnenmarktes im Interesse der Gesamtwirtschaft der deutschen Wirtschaft hingewiesen werden.

Was aber nun die „bodenständige deutsche Modekultur“ betrifft, so ist dazu aus unseren Tagen etwas ganz besonders Interessantes zu berichten. In der Familienzeitschrift „Dahleim“ erzählt E. v. Jöbels, wie die Franzosen zum Abriistungsjahr die Tricolore-Mode erfunden haben, eine Mode also, die die französischen Nationalfarben blau-weiß-rot sehr stark verwendet. So kam der Tricolore-Schal im Januar 1902, der in ganz Frankreich von allen Damen getragen wurde. Auch für die Kostüme wählte man die Farbenzusammensetzung blau-weiß-rot. Dies erstreckte sich auch auf die neuen Damenhütchen in blauem Stroh, weißen Blüten und rotem Band. Ist es Unwissenheit oder Würdelosigkeit, daß diese französische Mode, die bewußt und absichtlich in Frankreich gerade gegenüber den Abriistungsbemühungen das Nationale betont, auch von den deutschen Frauen eifrig nachgeahmt wird? Jöbels berichtet davon, wie er in einer Stunde rund um die Berliner Gedächtniskirche nicht weniger als 20 solchen blau-weiß-rot bewimpelten Damen begegnet ist. In die Hunderttausende, wenn nicht in Millionen man heute die Zahl dieser französischen Schals gehen, die in allen deutschen Städten getragen werden. Wozu dann noch die

blau-weiß-roteten Dächern sich gefellen und überhaupt die blau-weiß-rote Farbzusammenstellung für die Kleidung.

So sieht es also mit der bodenständigen deutschen Mode aus. Die Franzosen werden über diese deutsche Mode nicht wenig lachen. Wenn wir die Forderung aufstellen, mehr Pflege des deutschen Binnenmarktes, dann gehört auch das in dieses Kapitel.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.)

Neuenbürg, 21. Juni. Es wird uns geschrieben: Vom häßlichen Elektrizitätswert wurde zum Haushaltsplan 1932 kürzlich bekannt gegeben, daß eine allgemeine Tarifierung nicht eintreten könne, weil sich die Lichtpreise schon 20 Prozent unter den Vorkriegspreisen halten und solche im Laufe der letzten Jahre bei der allgemeinen Preissteigerung nicht heraufgesetzt worden seien. Da erscheint es nützlich, doch eine kleine Einschränkung zu vermerken, welche vor allen Dingen die Kleinerwerbende angeht. Bis zum Jahr 1928/29 war die jährliche Mindestabnahme von Lichtstrom auf 10 RM. festgesetzt. Da wurde dieser Betrag um 20 Prozent auf 12 RM. erhöht und gleichzeitig für die beiden vorangehenden Jahre noch die Aufzahlung für nichtverbrauchten Strom bis auf 10 RM. angefordert. Kleine Haushaltungen haben seit der Zeit sich in der Stille sozial betätigt und der Kaffe des Elektrizitätswertes das Geld für nichtverbrauchten Strom abgeliefert, so daß von ihnen, wie eben der Fall liegt, gegenüber der Vorkriegszeit tatsächlich unter Umständen 30 Prozent mehr und sogar noch weiter bezahlt werden. Wenn nun tatsächlich nach der Angabe des Wertes die Lichtpreise sich zur Zeit 20 Prozent unter den Vorkriegspreisen halten, so müssen, wie es bei der Sozialisierung manchmal wider Erwarten geschehen mag, eben die Großabnehmer hier auf Kosten der Kleinen geldliche Vorteile haben.

Sinweise

Sinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfg. die Zeile berechnet.

Neuenbürg, 21. Juni. Wie aus dem Anzeigenteil unseres Blattes hervorgeht, spricht am Sonntag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im „Bären“ in Neuenbürg der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier über: „Vollnot und Wirtschaftsnot“ in öffentlicher Versammlung. Wir möchten auch an dieser Stelle auf die Versammlung aufmerksam machen. Dr. Maier ist nicht bloß als guter Redner bekannt, sondern ist auch ein erfolgreicher Verwalter der württembergischen Wirtschaft.

Wilhelm II. zur Erholung im Seebad Jandvoort

Der ehemalige Kaiser und seine Gattin beim Morgenpaziergang am Strande. Wilhelm II. hat sich gegenwärtig nach dem holländischen Seebad Jandvoort begeben, wo er mit seiner Gattin im Hause des Herrn von Hendt Wohnung nahm.



Sportseite.

Weltmeisterschaftskampf im Schwergewichtsbogen

Neuenbürg, 22. Juni. Im Weltmeisterschaftskampf des Schwergewichtsbogens verlor, wie gemeldet, Max Schmeling, der bisherige Weltmeister gegen seinen Herausforderer Scharley nach 15 Runden. Die Entscheidung war für die Ringrichter nicht leicht. Aber sie mußten Scharley die höhere Punktzahl zusprechen.

Die Entscheidung des Kampfgerichts im Weltmeisterschaftskampf findet in Kreisen der Fachleute und des Publikums keineswegs ungeteilte Zustimmung. Schmeling's Kampfsiege und sportliche Haltung beim Nehmen, sein stets freundliches und lächelndes Gesicht hat ihm starke Sympathien beim Publikum eingetragen, während man Scharley mit mancher unfreundlichen Bemerkung bedacht hat.

Der Vorgesetzte der Sportredaktion der „United Press“ veruchte während des Kampfes die Runden nach eigenem Ermessen zu bewerten. Er buchte für Scharley die ersten drei Runden, sowie die 6., 8. und 14., für Schmeling buchte er wegen der Tiefschläge Scharley's die 4. und 5. Runde, außerdem die 10., 11., 12. und 13. Runde. Die 7., 9. und 15. Runde wurden als unentschieden gebucht. Nach dieser privaten Ausrechnung wäre also ein „Unentschieden“ gerechter gewesen.

Nach dem Kampf erklärte Scharley: „Ich habe den Titel ehrlich gewonnen und ich werde ihn verteidigen. Ich werde ein kämpfender Weltmeister sein. Ich bin beim Kampf nicht verletzt worden.“ Schmeling äußerte, nachdem er sich in seine Garderobe zurückgezogen hatte, kein Wort.

Schmeling's Manager Joe Jacobs äußerte sich unmittelbar nach dem Kampf in seiner bekannt scharfen und herausfordernden Art: „Die Entscheidung ist genau so gefallen, wie ich es erwartet habe. Sie ist reinster Raub. Man hat uns um den Sieg betrogen.“

Der Spuk der Räte-Republik. Es war in den Apriltagen des Jahres 1919. In der Nacht vom 6. zum 7. war im ebenmöglichen Schlafjamer der Königin die Andeutung der bevorstehenden Räterepublik erfolgt. Mit ihr begannen jene 25 Tage, die so leicht kein Münchner vergißt: jene Wochen, in denen München, durch Volk- und Wehrmacht von der Außenwelt abgeschnitten, ausgeblüdet und ausgehungert, den Befehlen und Erlassen des Ratrosen Gelphofer ausgeliefert war. Ein Bild dieser Zeit gibt in einem zweiten großen Aufzuge ihrer Serie „wie es eigentlich war“ die heute erscheinende Nummer (Nr. 26) der „Münchner Illustrierten“.

Wirtschaftsminister Dr. Maier

Spricht am
Sonntag den 26. Juni, abends 8 Uhr,
im „Bären“ in Neuenbürg

öffentlicher Versammlung

über:
„Vollnot u. Wirtschaftsnot“

Jedermann ist freundlich eingeladen.
Deutsch-Demokrat. Partei.

Wirtschaft Bausparbrief

in Amtsstadt Nähe Karlsruhe gut gelegen, sofort bezugsbar, an jüngere, tüchtige Wirtschaftskräfte zu verpachten.
Angebote unter A. B. 333 an die Engländer-Geschäftsstelle.

Bausparbrief

der Gemeinschaft der Freunde Nr. 33688 ist für
gesperrt,
da zugestellt, anzusehen.

Liederkränzchen Neuenbürg

Heute abend präzise 7,9 Uhr
Singsstunde.

Anlässlich unserem Mitwirken bei der Gouwanderung nach Grundbach ist es Ehrenpflicht eines jeden Sängers, pünktlich und bestimmt zu erscheinen.
Der Vorstand.

Reißzeuge
jeder Preislage empfiehlt die
E. Neeh'sche Buchhandlung.

L. Pross Neuenbürg

Damast
Halbleine
Haustuch
Dowlas
Cretonne
Macco

einfach und
doppelt-
breit
prima Qualität, zu den
heutigen billigsten Preisen.

Wirtschaftsminister Dr. Maier

Spricht am
Sonntag den 26. Juni, abends 8 Uhr,
im „Bären“ in Neuenbürg

öffentlicher Versammlung

über
„Vollnot und Wirtschaftsnot“.
Die Mitglieder des Gewerbevereins sind dazu
besonders eingeladen.
Der Vorstand.

Neuenbürg, den 23. Juni 1932.
Todes-Anzeige.
Unerwartet schnell ist mein guter Mann,
unser lieber Vater, Bruder und Schwager
Eugen Bender,
Schmelzer,
im Alter von 57 Jahren in die ewige Heimat
abgerufen worden.

In tiefer Trauer:
Marie Bender, geb. Blach.
Johanna Bender.
Ella Bender.
Friedrike Bender.

Beerdigung: Freitag nachmittag 5 Uhr.

Befuchstarken liefert schnellstens
E. Neeh'sche Buchdr.

Juni
23
Donnerstag

Wichtige Tagesnotiz:
Die Uebermittlung der Bezugsbestellung
auf den „Engländer“ für Juli ist
heute notwendig,
denn für alle nach dem 23. eines Monats
eingehenden Zeitungsbestellungen
berechnet die Post eine Sondergebühr.